

# Inhaltsverzeichnis

<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XIV</b>
<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
A. Problemstellung .....	4
B. Ziel der Untersuchung .....	6
C. Gang der Untersuchung .....	7
 <b>Kapitel 1</b>	
<b>Der rechtliche und technische Wirkungskreis des Host- Providers bei audiovisuellen Inhalten.....</b>	<b>9</b>
<b>§ 1 Die Einordnung des Begriffs „Provider“.....</b>	<b>10</b>
I. Die Legaldefinition des Providers i.S.e. Internetdiensteanbieters .....	10
II. Der technische Wirkungskreis des Host-Providers in Abgrenzung zu den übrigen Providerleistungen...	11
III. Die Beurteilung des Host-Providers im europäischen und deutschen Recht .....	14
<b>§ 2 Technische Grundlagen von Host-Providern für         audiovisuelle Inhalte .....</b>	<b>16</b>
<b>§ 3 Die unmittelbaren Urheberrechtsverletzungen an         audiovisuellen Inhalten.....</b>	<b>18</b>
I. Eingriffe in die wirtschaftlichen Rechte des Urhebers .....	18
II. Eingriffe in die Urheberpersönlichkeitsrechte .....	21
<b>§ 4 Zusammenfassung .....</b>	<b>22</b>

## Kapitel 2

### Die internationale Zuständigkeit und international-privatrechtliche Anknüpfung bei der Unterlassungshaftung des Host-Providers ..... 25

#### § 1 Die internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte für unerlaubte Handlungen ..... 25

I. Anwendungsbereich der EuGVVO .....	26
1. Anwendungsbereich in zeitlicher Hinsicht .....	26
2. Anwendungsbereich in räumlich-persönlicher Hinsicht .....	27
3. Anwendungsbereich in sachlicher Hinsicht .....	27
II. Gerichtsstand der unerlaubten Handlung, Art. 5 Nr. 3 EuGVVO/ Art. 7 Nr. 2 EuGVVO n.F. ....	27
1. Auslegung des Art. 5 Nr. 3 EuGVVO/ Art. 7 Nr. 2 EuGVVO n.F. ....	28
2. Unerlaubte Handlung i.S.d. Art. 5 Nr. 3 EuGVVO/ Art. 7 Nr. 2 EuGVVO n.F. ....	30
3. Kompetenzeröffnung am „Ort des schädigenden Ereignisses“ .....	31
a. Handlungsort .....	31
b. Erfolgsort .....	33
c. Besonderheiten bei Immaterialgüterrechten .....	35
III. Zwischenergebnis .....	36

#### § 2 Die international-privatrechtliche Anknüpfung bei deliktischen Urheberrechtsverletzungen im Internet ..... 37

I. International-privatrechtliche Sonderanknüpfung im Urheberrecht .....	39
II. Berücksichtigung der Besonderheiten des Internets im Internationalen Privatrecht .....	41
1. Internetspezifische Anknüpfungsmöglichkeiten .....	42
a. Anknüpfung an das Recht der Verletzungshandlung .....	42
b. Anknüpfung an das Recht des Serverstandorts .....	43
c. Anknüpfung nach der <i>Bogsch</i> -Theorie .....	44

d. Anknüpfung an das Recht des Herkunftslandes....	45
e. Anknüpfung an das Personalstatut des Rechteinhabers.....	46
2. Die vom Max-Plack-Institut entwickelten CLIP- Grundregeln.....	46
III. Zwischenergebnis .....	48
<b>§ 3 Zusammenfassung .....</b>	<b>49</b>

## **Kapitel 3**

### **Die Prüfungspflichten des Host-Providers bei Urheberrechtsverletzungen Dritter nach der deutschen Störerhaftung .....**

<b>§ 1 Die Haftungsvarianten des Host-Providers für Urheberrechtsverletzungen im deutschen Recht .....</b>	<b>52</b>
<b>§ 2 Die mittelbare Haftung des Host-Providers für Rechtsverletzungen Dritter nach deutschem Recht.</b>	<b>55</b>
I. Die europarechtlichen Vorgaben zur Verantwortlichkeit von Host-Providern.....	57
1. Art. 8 Abs. 3 Urheberrechtsrichtlinie und Art. 11 Satz 3 Durchsetzungsrichtlinie.....	57
2. Art. 14 und Art. 15 Abs. 1 E-Commerce-Richtlinie .	58
3. Art. 2 Abs. 3 und 3 Abs. 1 Durchsetzungsrichtlinie .	59
II. Die haftungsrechtliche Einordnung des Host- Providers bezüglich mittelbarer Rechtsverletzungen in der deutschen Rechtsprechung .....	59
1. Die Entwicklung der Störerhaftung .....	60
2. Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur immaterialgüterrechtlichen Störerhaftung im Überblick .....	62
<b>§ 3 Die Prüfungspflichten innerhalb der mittelbaren Störerhaftung auf Unterlassung .....</b>	<b>64</b>
I. Die Grundsätze der deliktischen Unterlassungshaftung des mittelbaren Störers.....	64
1. Die Störerqualität des Host-Providers.....	65
a. Die akzessorische Haftung des Störers .....	66

b. Der adäquat-kausale Verursachungsbeitrag des Störers .....	67
2. Die Verantwortlichkeit des Störers .....	69
3. Die Erstbegehungs- und Wiederholungsgefahr .....	70
4. Die Prüfungspflichten des Host-Providers innerhalb der mittelbaren Störerhaftung .....	73
a. Rechtsnatur und dogmatische Einordnung .....	73
b. Das Entstehen von Prüfungspflichten .....	74
aa. Prüfungspflichten im Rahmen der Wiederholungsgefahr .....	76
bb. Prüfungspflichten im Rahmen der Erstbegehungsgefahr .....	76
c. Der Umfang von Prüfungspflichten am Maßstab der Zumutbarkeit .....	77
5. Zwischenergebnis .....	80
II. Kritische Würdigung .....	80
1. Die Widersprüche der mittelbaren Störerhaftung im deutschen Recht .....	81
a. Die Wandlung der Störerhaftung zur Verschuldenshaftung .....	81
b. Die Verankerung der Prüfungspflichten .....	83
2. Die Vereinbarkeit der deutschen Störerhaftung mit den europarechtlichen Vorgaben .....	83
III. Zwischenergebnis .....	85
<b>§ 4 Die Verkehrssicherungspflichten innerhalb der Täterhaftung für Handlungsunrecht .....</b>	<b>86</b>
I. Die Verankerung der Verkehrssicherungspflichten im Rahmen der Täterhaftung .....	86
1. Internetspezifische Verkehrspflichten im Wettbewerbsrecht .....	87
2. Verkehrssicherungspflichten im Urheberrecht .....	88
II. Die Täterhaftung für Handlungsunrecht in den Immaterialgüterrechten .....	90
III. Die Täterhaftung für Handlungsunrecht im Wettbewerbsrecht im Besonderen .....	91

IV. Die Abgrenzung der wettbewerbsrechtlichen Täterhaftung von der immaterialgüterrechtlichen Störerhaftung.....	92
1. Die Gemeinsamkeiten der wettbewerbsrechtlichen Täterhaftung mit der mittelbaren Störerhaftung im Urheberrecht.....	94
2. Die Unterschiede zwischen der wettbewerbsrechtlichen Täterhaftung und der mittelbaren Störerhaftung im Urheberrecht .....	95
3. Kritische Würdigung .....	97
a. Die Unterscheidung zwischen Handlungs- und Erfolgsunrecht .....	97
b. Die Unterscheidung nach absolutem Recht.....	98
c. Die Übertragbarkeit der Täterhaftung für Handlungsunrecht auf immaterialgüterrechtliche Verletzungen.....	98
d. Die mögliche Ausgestaltung der Verkehrsicherungspflichten des Host-Providers im Urheberrecht .....	100
V. Zwischenergebnis .....	101
§ 5 Zusammenfassung .....	102
<b>Kapitel 4</b>	
<b>Die Durchsetzbarkeit verschärfter Prüfungspflichten im deutschen und europäischen Recht .....</b>	<b>105</b>
<b>§ 1 Gesetzesinitiativen zur allgemeinen Überwachungspflicht.....</b>	<b>106</b>
<b>§ 2 Die aktuelle Ausgestaltung der Prüfungspflichten von Host-Providern im deutschen Recht .....</b>	<b>107</b>
I. Die bestehende Ausgestaltung von Prüfungspflichten im deutschen Recht .....	108
II. Der europarechtliche Rahmen für die Ausgestaltung von Prüfungspflichten.....	109
III. Zwischenergebnis .....	111

<b>§ 3 Der Einsatz von Filtersystemen nach dem geltenden europäischen Recht .....</b>	<b>112</b>
I. Die Funktionsweise technischer Filter .....	113
II. Der Einsatz von Filtersystemen in der europäischen Rechtsprechung.....	117
1. L'Oréal vs. eBay .....	117
2. Scarlet vs. SABAM.....	119
3. SABAM vs. Netlog.....	120
4. UPC Telekabel Wien ./ Constantine Film/Wega....	121
5. Zwischenergebnis .....	121
III. Der Einsatz von Filtersystemen unter Auslegung der europäischen Rechtsvorschriften .....	124
1. Die Auslegung des Art. 15 E-Commerce- Richtlinie .....	124
2. Die Auslegung des Art. 3 der Durchsetzungsrichtlinie .....	128
3. Zwischenergebnis .....	130
IV. Die grundrechtliche Vereinbarkeit von Filtersystemen nach dem europäischen Recht .....	131
1. Die betroffenen Grundrechte im Dreiecksverhältnis	132
a. Das Eigentumsrecht des Inhabers des Urheberrechts, Art. 17 Abs. 2 GRC.....	132
b. Die unternehmerische Freiheit des Providers, Art. 16 GRC.....	133
c. Das Recht auf Schutz personenbezogener Daten und die Informationsfreiheit des Internetnutzers, Artt. 8, 11 GRC.....	135
2. Die Rechtfertigung und Verhältnismäßigkeit der Beschränkung der unternehmerischen Freiheit des Host-Providers.....	138
3. Interessenabwägung .....	142
V. Zusammenfassung .....	148
<b>§ 4 Kritische Würdigung und Zwischenergebnis .....</b>	<b>151</b>

## **Kapitel 5**

<b>Eine rechtsvergleichende Betrachtung – Die Haftung für Urheberrechtsverletzungen im Internet nach französischem Recht .....</b>	<b>155</b>
<b>    § 1 Gegenstand und Ziel des Vergleichs .....</b>	<b>155</b>
<b>    § 2 Der rechtliche Rahmen in Frankreich.....</b>	<b>156</b>
I. Europarechtliche Vorgaben und deren Umsetzung im französischen Recht .....	157
II. Verfassungsrechtlicher Hintergrund .....	162
III.Zwischenergebnis .....	163
<b>    § 3 Die französische Unterlassungshaftung für         Urheberrechtsverletzungen im Internet .....</b>	<b>164</b>
I. Die Rechtsentwicklung des HADOPI-Gesetzes.....	166
1. Das Gesetzgebungsverfahren des HADOPI- Gesetzes.....	166
2. Der Olivennes Report und das Elysée Abkommen	167
II. Die rechtliche Einbindung des Providers in das Dreistufenmodell .....	168
1. Rechtliche Vorgaben.....	168
2. Die behördliche Weisungsmacht und Vollstreckung	169
3. Die Mitwirkungspflichten der verschiedenen Provider- Arten nach dem französischen Recht .....	171
III. Kritische Würdigung des französischen Dreistufenmodells .....	172
1. Vereinbarkeit des Dreistufenmodells mit dem Unionsrecht .....	173
2. Verfassungsrechtliche Vereinbarkeit .....	175
a. Datenschutzrechtliche Vereinbarkeit.....	175
b. Berufsfreiheit der Provider .....	178
c. Informationsfreiheit der Nutzer .....	180
3. Rechtsstaatliche Bedenken bei der prozessrechtlichen Durchsetzung .....	181
4. Materiell-rechtliche Durchsetzbarkeit.....	182
5. Technische Umsetzung .....	183
6. Wirtschaftliche Entwicklung.....	183

IV. Zwischenergebnis .....	185
<b>§ 4 Die rechtsvergleichende Betrachtung .....</b>	<b>187</b>
I. Die wirtschaftliche Vergleichbarkeit des Internetmarktes in Deutschland und in Frankreich...	187
II. Die Regelungen beider Rechtsordnungen und die Abwägung der beiden Haftungsmodelle im Vergleich.....	188
1. Grundlegendes.....	189
2. Die urheberrechtlichen Ansprüche des § 97 Abs. 1 UrhG und Art. L.331-25 i.V.m. Art. L.336-3 CPI.....	190
a. Die deutsche Anspruchsgrundlage, § 97 Abs. 1 UrhG.....	190
b. Die französische Anspruchsgrundlage Art. L.331-25 i.V.m. Art. L.336-3 CPI.....	190
c. Gemeinsamkeiten und Unterschiede .....	192
3. Die providereigenen Prüfungspflichten nach § 97 Abs. 1 UrhG und Art. R.331-37 .....	194
4. Prozessrechtliche Durchsetzung.....	196
5. Unterschiedliche Auswirkungen der beiden Rechtsmodelle im Vergleich .....	198
III. Die Implementierbarkeit des französischen Dreistufenmodells in Deutschland - Verfassungsrechtlicher Schutz der betroffenen Rechtsgüter .....	200
1. Die strafrechtliche Verankerung der Unterlassungshaftung .....	200
2. Die staatliche Aufsicht .....	201
3. Datenschutzrechtliche Aspekte und Vorratsdatenspeicherung .....	201
a. Der Schutzgegenstand .....	201
b. Der Umgang mit personenbezogenen Daten.....	202
4. Weitere verfassungsrechtliche Bedenken .....	206
a. Eingriff in die Berufsfreiheit nach Art. 12 GG....	206
b. Eingriff in das Recht auf Eigentum nach Art. 14 GG .....	210

c. Eingriff in das Fernmeldegeheimnis nach Art. 10 GG .....	211
d. Anpassungsbedarf des französischen Dreistufenmodells zur rechtlichen Umsetzung in Deutschland .....	211
IV. Abschließende Würdigung des Rechtsvergleichs ..	212
<b>§ 5 Zusammenfassung .....</b>	<b>214</b>

## **Kapitel 6**

<b>Résumé, Fazit und Ausblick .....</b>	<b>217</b>
-----------------------------------------	------------

<b>§ 1 Die internationale Zuständigkeit und international-privatrechtliche Anknüpfung .....</b>	<b>217</b>
<b>§ 2 Die mittelbare Haftung des Host-Providers für Urheberrechtsverletzungen im deutschen Recht .</b>	<b>219</b>
<b>§ 3 Der Einsatz von Filtersystemen im Rahmen der Prüfungspflichten des Host-Providers .....</b>	<b>221</b>
<b>§ 4 Die rechtsvergleichende Betrachtung .....</b>	<b>223</b>
<b>§ 5 Fazit und Ausblick.....</b>	<b>225</b>